

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
meine Damen und Herren,

bereits in unserer Haushaltsrede des vergangenen Jahres haben wir Freien Wähler unmissverständlich darauf hingewiesen, dass sich die finanzielle Lage unserer Gemeinde weiter zuspitzt und kurzfristige Entspannung nicht in Sicht ist. Damals haben wir gesagt: Die eingeleiteten Sparmaßnahmen sind notwendig – aber sie werden allein nicht ausreichen.

Der heute vorliegende Haushalt bestätigt diese Einschätzung leider in aller Deutlichkeit.

Mit einem negativen ordentlichen Ergebnis von rund **–913.000 Euro** gelingt es unserer Gemeinde weiterhin nicht, einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorzulegen. Besonders kritisch sehen wir dabei, dass **die Abschreibungen erneut nicht erwirtschaftet werden können**. Damit leben wir faktisch von der Substanz unserer Kommune – ein Zustand, der auf Dauer **weder verantwortbar noch generationengerecht** ist.

Die im letzten Jahr ergriffenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung waren ohne Zweifel hilfreich. Haushaltssperre, Stellenbesetzungssperre und die kritische Prüfung einzelner Ausgaben haben dazu beigetragen, die finanzielle Lage nicht weiter eskalieren zu lassen. Dennoch müssen wir heute feststellen: **Diese Maßnahmen waren noch nicht zielführend genug.**

Der vorliegende Haushalt zeigt klar, dass der eingeschlagene Weg konsequent weitergegangen und teilweise auch nachgeschärft werden muss. Der Spargedanke darf nicht nur einmal im Jahr formuliert, er muss auch konsequent umgesetzt werden.

Ein zentrales Thema bleiben dabei die freiwilligen Leistungen unserer Gemeinde. Bereits im vergangenen Jahr haben wir darauf hingewiesen, dass diese Ausgaben – so wichtig und identitätsstiftend sie für unsere Dorfgemeinschaft auch sind – stärker unter den Prüfstand gestellt werden müssen. Angesichts der aktuellen Zahlen gilt dies leider immer noch.

Wir müssen uns ehrlich fragen, welche freiwilligen Leistungen wir uns noch leisten können und wo schmerzhaft, aber notwendige Einschnitte unvermeidbar sind.

Auch die Personalkosten bleiben ein wesentlicher Kostenfaktor. Sie machen einen erheblichen Anteil unserer laufenden Aufwendungen aus. Die bisher ergriffenen Maßnahmen, wie die verzögerte Wiederbesetzung freier Stellen, sind ein richtiger Schritt. Aus Sicht der Freien Wähler wird es jedoch notwendig sein, die Personalkosten noch weitergehend zu reduzieren, etwa durch konsequente Aufgabenüberprüfung, effizientere Abläufe und eine noch kritischere Bewertung von Stellenbedarfen – selbstverständlich ohne die Leistung und das Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geringzuschätzen.

Zu dieser konsequenten Personalpolitik gehört aus unserer Sicht ausdrücklich auch, dass **Stellen, die bislang noch nie besetzt waren**, nicht automatisch ausgeschrieben werden dürfen. Als Beispiel sei hier die Bautechnikerstelle genannt.

Ein Verweis auf einen mehrere Jahre zurückliegenden Gemeinderatsbeschluss, wie hier aus dem Jahr 2017, kann und darf **keine ausreichende Grundlage** dafür sein, eine solche Stelle ohne erneute inhaltliche Prüfung und **ohne vorherige Abstimmung im Gemeinderat** auszuscheiden.

Gerade in der aktuellen finanziellen Lage erwarten wir, dass jede neue oder bislang unbesetzte Stelle zunächst politisch diskutiert und fachlich begründet wird. Nur so stellen wir sicher, dass Personalentscheidungen der heutigen Haushaltsrealität gerecht werden und gemeinsam getragen werden können.

Uns ist bewusst, dass diese Forderungen unbequem sind. Doch die Zahlen lassen uns kaum Alternativen. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden zukünftige Gemeinderäte deutlich drastischere Entscheidungen treffen müssen.

Trotz aller notwendigen Sparmaßnahmen möchten wir ausdrücklich betonen, dass **investive Maßnahmen zum Erhalt und zur Weiterentwicklung unserer Gemeinde weiterhin notwendig sind**. Ein vollständiger Investitionsstopp wäre kurzfristig und würde langfristig zu deutlich höheren Folgekosten führen. Gerade Investitionen in die kommunale Infrastruktur, den Erhalt öffentlicher Gebäude und Straßen sowie in sicherheitsrelevante Bereiche sind unerlässlich, um den Wert unseres Gemeindevermögens zu sichern und die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

Gleichzeitig halten wir an unserer Linie fest, Investitionen sehr sorgfältig abzuwägen. **Maßnahmen, die der Sicherheit, der grundlegenden Infrastruktur und der gesetzlichen Pflichtaufgabenerfüllung dienen, müssen Priorität haben**. In der aktuellen Haushaltslage kann und darf nicht alles gleichzeitig umgesetzt werden. Jede investive Maßnahme ist daher weiterhin einzeln auf ihre Notwendigkeit, Dringlichkeit und langfristigen Auswirkungen zu prüfen; alles andere wird – wie bereits im vergangenen Jahr – im Einzelfall zu verschieben sein. Nur so gelingt es, Sparsamkeit und Zukunftssicherung in ein verantwortungsvolles Gleichgewicht zu bringen.

Ein kurzer Blick auf die Eigenbetriebe zeigt, dass sowohl die Wasserversorgung als auch die Abwasserbeseitigung weiterhin mit negativen Ergebnissen abschließen. Der Eigenbetrieb Wasserversorgung weist erneut einen Fehlbetrag von **81.000 Euro** aus, deutlich kritischer stellt sich die Situation beim Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung dar, der im laufenden Haushaltsjahr mit einem **Jahresfehlbetrag von 574.000 Euro** abschließt und damit eine spürbare Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr verzeichnet.

Die Freien Wähler stehen auch in diesem Haushaltsjahr für eine **ehrliche, sachorientierte und verantwortungsbewusste Haushaltspolitik**. Wir versprechen keine Lösungen, die es finanziell nicht gibt, sondern setzen auf **Transparenz, Prioritätensetzung und konsequente Konsolidierung**.

Auf dieser Grundlage stimmt die Fraktion der Freien Wähler dem Haushaltsplan 2026 mit den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu.

Abschließend bedanken wir uns ausdrücklich bei Herrn Kämmerer Bickle, sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung dieses Haushaltsplanes und die offene Darstellung der finanziellen Situation.

Nur auf dieser Grundlage können wir als Gemeinderat verantwortungsvolle Entscheidungen treffen.